LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

05.10.2022
Drucksache 8/1702

öffentlich

Antrag

–

Fraktion AfD

Bekenntnis zum Mittelstand - Interessen der Handwerkerschaften wahren!

Der Landtag stellt fest:

Die Kreishandwerkerschaften Halle-Saalekreis und Anhalt Dessau-Roßlau haben sich in öffentlichen Briefen an die Regierung gewandt mit der Forderung nach sofortigem Stopp aller Sanktionen gegen Russland und der sofortigen Aufnahme von diplomatischen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges. Der Landtag dankt den Handwerkerschaften für ihre Positionierung und erkennt an, dass sie in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe gehandelt haben, „[…] die Gesamtinteressen des selbständigen Handwerks und des handwerksähnlichen Gewerbes sowie die gemeinsamen Interessen der Handwerksinnungen ihres Bezirks wahrzunehmen.“[1]

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt sich den im offenen Brief der Kreishandwerkerschaft Halle-Saalekreis und im Obermeisterbrief der Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau zum Ausdruck gebrachten Sorgen und Nöten an.

2. Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass die aus der Sicht der Handwerkerschaften geforderten konkreten Maßnahmen unverzüglich eingeleitet werden, um die Ursachen für die aktuelle Notlage des Mittelstandes zu beseitigen.

[1] Vgl. § 87 HwO und Satzung der KHS | KHS Halle-Saalekreis (khs-hal-sk.de), https://www.khs-hal-sk.de/startseite/satzung-der-khs.html (Abruf am 05.10.2022).

(Ausgegeben am 05.10.2022)

3. Der Landtag Sachsen-Anhalt schließt sich den Worten des Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff zu den Russlandsanktionen an und fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene unverzüglich dafür einzusetzen, die verhängten Sanktionen gegen Russland zu beenden, um unsere heimische Wirtschaft zu schützen.

Begründung

Die Energiekrise erfasst inzwischen weite Teile des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens und heizt die Inflation an. Durch diese Entwicklung ist die gesamte deutsche Wirtschaft in ihrer Substanz gefährdet und es drohen große wirtschaftliche und soziale Verwerfungen.[2] Um diesen zu begegnen, ist aus Sicht von Vertretern der Wirtschaft, voran die Handwerkerschaften und IHK-Regionalkammern, ein schnelles, lösungsorientiertes und ideologiefreies Handeln erforderlich.[3]

Die Ukraine-Politik der Bundesregierung schadet massiv deutschen Interessen und treibt Sachsen-Anhalt mit Deutschland in eine energiepolitische Katastrophe. Wie in den offenen Briefen der Kreishandwerkerschaften ausgeführt, treffen die Sanktionen vor allem unsere Wirtschaft und haben keinen Einfluss auf die Kriegsführung.[4], [5] Daher sind sie nicht nur zu überprüfen, sondern zu beenden. Es ist an der Zeit, Worten auch Taten folgen zu lassen.

Bereits in der ZDF-Doku aus dem Jahr 2019 „Putin und die Deutschen“ kommen Politiker zu Wort und stellen ihre Sichtweisen zum Umgang mit Putin bzw. Russland vor. Der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff äußerte in der Dokumentation: „Sanktionen betreffen immer die sozial ärmeren Schichten und haben noch nie eine Wirkung entfaltet.“[6]

Im Februar 2021 mahnte Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff an, dass Maßnahmen (Sanktionen gegen Russland) nicht der Bevölkerung vor Ort schaden dürfen.[7]

Anfang Juli 2022 plädierte der Ministerpräsident erneut dafür, angesichts immer weiter steigender Energiekosten, die Russland-Sanktionen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.[8]

---

[2] Sächsische.de (saechsische.de): Sachsens Wirtschaft droht der ENERGIE-INFARKT! (26.09.2022), https://www.saechsische.de/anzeige/sachsens-wirtschaft-droht-der-energie-infarkt-28089.html (Abruf am 29.09.2022).

[3] IHK-Regionalkammer, Kreishandwerkerschaft, Wirtschaftsbeirat und Wirtschaftsförderung Erzgebirge, Offener Brief „Erzgebirgischer Mittelstand zur Energiekrise" (09.09.2022), https://www.wfe-erzgebirge.de/aktuelles/offener-brief-erzgebirgischer-mittelstand-zur-energiekrise (Abruf am 29.09.2022).

[4] Ebd.

[5] Offener Brief der Kreishandwerkerschaft Halle-Saalekreis vom 17.08.2022.

[6] ZDFzeit (2019): Putin und die Deutschen, [Youtube], https://www.youtube.com/watch?v=76-gM8CTpwE.

[7] RedaktionsNetzwerk Deutschland: Haseloff: Neue Russland-Sanktionen nur direkt gegen Regime (25.02.2021), https://www.rnd.de/politik/haseloff-neue-russland-sanktionen-nur-direkt-gegen-regime-ALFCANEZUH7BXW5WX5TT46PUYE.html (Abruf am 29.09.2022).

Außer der erwähnten Feststellungen und Ankündigungen des Ministerpräsidenten ist diese Position bisher nicht wirksam gegenüber dem Bund vorangetrieben worden. Es ist an der Zeit, im Sinne des Mittelstandes unseres Bundeslandes, sich deutlich zu positionieren, diese Sichtweise durch das Landesparlament zu stärken und sie in Form eines Votums in den Bundesrat zu tragen.

Ulrich Siegmund
Fraktionsvorsitz

[8] volksstimme.de: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Haseloff stellt Sanktionen gegen Putin auf den Prüfstand (12.07.2022), https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/ukraine-krieg-sachsen-anhalts-ministerpraesident-haseloff-stellt-sanktionen-gegen-putin-auf-den-pruefstand-3406947?reduced=true (Abruf am 29.09.2022).